

# Halle'sches Tageblatt.

Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die viergehaltene Corpnus-Zeile oder deren Raum 15 Fig.

Reclamen vor dem Tageslaten der dreigehaltene Corpnuszeile oder deren Raum 40 Fig.

Nr. 36.

Freitag, den 12. Februar 1886.

87. Jahrgang.

## Amlicher Theil.

### Städtische Kommissionen.

#### Beschönigungs-Kommission.

Sitzung am Sonnabend den 13. Februar cr. Nachmittags 3 1/2 Uhr im Magistrats-Sitzungs-Zimmer.

Tagesordnung.

Abtretung eines Terrainstreifens im Stadtgarten. — Siedrichhof.

### Bekanntmachung,

die Steuererhebung pro IV. Quartal **Januar März** 1885/86 betreffend.

Das steuerzahnde Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Klassen- u. Steuer-Beträge für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März laufenden Jahres bei unserer Steuer-Receptr während des Monats Februar und zwar an den auf der Rückseite der Steuer-Aussschreiben bezeichneten und im Tageskalender des „Halle'schen Tageblattes“ täglich mitgetheilt werden den Gebotenen zu zahlen sind.

Mit der Klassen- u. Steuer fahm gleichzeitig, was wir an dieser Stelle hervorheben, auch die Grund- und Mietzsteuer entrichtet werden.

Wir wollen hierbei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie sehr es wünschenswerth ist und es im eigenen Interesse der Steuerzahler liegt, daß die vorgeschriebenen Steuerbeiträge von Jedermann thunlichst innegehalten werden.

Der Magistrat.

### Handelsregister

des königlichen Amtsgerichts zu Halle a. S.

Zufolge Verfügung vom 8. Februar 1886 sind an demselben Tage folgende Eintragungen erfolgt:

In unser Gesellschaftsregister, wofolst unter No. 335 die hiesige Handesgeellschaft in Firma:

#### Schulze & Birner

vermerkt steht, ist eingetragen:

Die Gesellschaft ist durch den Tod des Kaufmanns **Theodor Julius Schulze** aufgelöst, das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma auf den Mitgesellschafter Kaufmann **Hugo Birner** zu Halle a. S. allein übergegangen (conf. Firmenregister No. 1526).

Demnächst ist in unser Firmenregister unter No. 1526 in Firma:

#### Schulze & Birner

mit dem Sitze zu Halle a. S. und als deren Inhaber der Kaufmann **Hugo Birner** zu Halle a. S. eingetragen worden.

Halle a. S., den 8. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung VII.

### Submission.

Die in hiesiger Anstalt pro 1886/87 aufkommenden Küchenabgänge, bestehend aus dem Abfall von Speisungsgegenständen, Kartoffelschalen u. c. und den Knochen, sollen im Wege der Submission verpachtet werden. Die Bedingungen sind im Anstaltsbureau einzusehen.

Gebote hierauf sind schriftlich, frankirt und versiegelt mit der Erklärung, daß die Bedingungen bekannt und angenommen sind und mit der Bezeichnung „Gebote auf Pachtung der Küchenabgänge“ versehen, bis zum

**20. Februar cr. Vormittags 9 Uhr**

einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Der Zuschlag wird nur bei annehmbaren Geboten ertheilt.

Halle a. S., den 9. Februar 1886.

Königliche Direktion der Strafanstalt.

## Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 11. Februar.

\* Zu dem gestern mitgetheilten Gesegentwurf, betreffend deutsche Aniedelungen in den preußischen Ostprovinzen, liegt jetzt die Begründung vor. Der allgemeine Theil besagt:

Notorisch sucht sich in einzelnen östlichen Landestheilen die polnische Nationalität unter Verd rängung der vorhandenen deutschen Elemente mehr und mehr nicht ohne Erfolg auszubreiten.

Solches Vordrängen einer durch Sprache und Sitte dem preußischen Staatsleben innerlich entfremdeter Nationalität in wichtigsten Theilen der Monarchie, fordert umfassende Abwehrmaßregeln auf allen Gebieten der Staatsverwaltung.

Es handelt sich darum, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu wahren, die Ueberfluthung jener Landestheile mit polnischen Elementen zu verhindern und deutschen Geiste und deutscher Bildung mehr und mehr Bahn zu öffnen.

Diesen Zweck verfolgt der vorliegende Gesegentwurf zunächst nur auf einem, jedoch auf einem sehr bedeutamen Gebiete. Sein ausgesprochenes Ziel ist die Stärkung des deutschen Elements in jenen Landestheilen durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter.

Der Gedanke, durch Erwerbung größerer Besitzungen, welche sich in polnischen Händen befinden und durch Ueberveräußerung derselben in Heftigkeiten an Erwerber deutscher Abkunft jenen drohlichen polnischen Bestrebungen entgegen zu treten, ist nicht neu.

Schon in der Mitte der dreißiger Jahre ist die preussische Staatsregierung zu demselben Zwecke nicht ohne Erfolg vorgegangen.

Wenn aber die damals getroffenen Maßregeln nicht die erhoffte volle Wirkung gehabt haben, so lag der Grund theils in der nicht immer zielbewußten Ausführung, ganz vorzugsweise aber darin, daß der Fonds, welcher für diesen Zweck damals zur Verfügung stand, zu gering bemessen war.

Die Maßregeln, mit denen die Staatsregierung gegenwärtig die Aufgabe, allmählig fortschreitend, zu lösen beabsichtigt, sind folgende:

1. Verwendung geeigneter Grundstücke des vorhandenen fiskalischen Domainen- und Forstbesitzes zur Erichtung landwirthschaftlicher Stellen von mittlerem oder kleinem Umfang (Bauernhöfe, Arbeiterhöfe).

2. Bereitstellung von Staatsmitteln zum käuflichen Erwerb solcher Grundstücke, welche sich zur Erichtung der vorbezeichneten landwirthschaftlichen Stellen eignen.

3. Bereitstellung von Staatsmitteln zur erstmaligen Einrichtung und zur Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen und ganzer Gemeinden.

Im Weiteren werden dann die Motive für die Bemessung der Darlehenssumme von 100 Millionen Mark dargelegt und auf Grund einer annähernden Schätzung nach Maßgabe der bestehenden Preisverhältnisse Anläufe in einer Ausdehnung von 200000 Hektaren in Aussicht genommen. Schon heute wisse man, daß man mindestens 100000 Hektare in kürzester Zeit erwerben können.

Die Zunahme der ungenügenden Verhältnisse werde aller Wahrscheinlichkeit nach eine Vermehrung der Zwangs- und Nothverkäufe herbeiführen, die sich wohl bis auf die Verdoppelung jenes Flächengebietes steigern könnten. Die augenblicklich vorhandenen Verhältnisse ließen die Erwerbung von Grund und Boden als besonders zeitgemäß erscheinen. In dessen werde man nur schrittweise und in dem Maße damit vorgehen, in welchem Zwangsverkäufe stattfinden und sich damit vortheilhaft Geschäfte verbinden ließen. Man hoffe, auf eine lange Reihe von Jahren mit der fraglichen Summe auszureichen.

\* Die Uebereinkunft zwischen Preußen und Belgien, betreffend das belgische Gutbahnen wegen der während des Krieges 1870/71 zurückgehaltenen Wagen der belgischen Staatsbahn ist der „Klein. Ztg.“ zufolge dahin abgeschlossen worden, daß Belgien eine Abfindung von nahezu neunhunderttausend Francs erhält.

\* Dem Vernehmen mehrerer Zeitungen nach wird die Brauntweinmonopol-Vorlage dem Reichstage unter Ausschluß Bayerns, Badens und Württembergs zugehen, da diese Staaten die Ausdehnung des Gesetzes auf ihre Gebiete von der Zustimmung ihrer Landtage abhängig machen.

\* Die bayerische Kammer der Abgeordneten beriebt in der gestrigen Sitzung den Ausschußantrag, die verschiedenen Petitionen gegen das Brauntweinmonopol der Regierung zur Würdigung und thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen. Abgeordneter Schau beantragt, von dem Ausschußantrag die Worte „zur thunlichsten Berücksichtigung“ zu streichen. Der Finanzminister v. Nibel erörtert die Lage der Sache und empfiehlt Vertagung, bis ein Beschluß des Bundesraths vorliege. Die bayerische Regierung könne zwar in dieser Angelegenheit im Bundesrath nicht mitstimmen, habe aber an der Ausschlußberatungen des Bundesraths Theil genommen. Bayern

würde etwa zwanzig bis dreißig Millionen aus dem Ertrage erhalten. Die Fabriksteuer sei in Bayern nicht einföhrbar. Es sei sehr unrichtig, zu behaupten, daß die mittleren und kleinen Bauern durch das Monopol geschädigt werden würden. Im Gegentheil wolle der Bundesrath einstimmig Süddeutschland einen höheren Preis gewähren. Spiritus für Generszwecke werde nicht zum Monopolpreise verkauft und würden überhaupt die Wünsche der Industrie berücksichtigt werden. Der Malzaufschlag werde Bayern wider seinen Willen nicht genommen werden. Bezüglich dieses Punktes wäre die Diskussion ebenfalls verfrüht. Der Finanzminister schloß mit der Mahnung, über eine so hochwichtige Sache nicht allzu rasch einen Entschluß zu fassen. Die Diskussion wurde auf morgen vertagt.

\* In der gestrigen Sitzung des österreichischen Budgetausschusses erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe auf eine Anfrage Barchers, welche Bewandniß es mit dem Erlaße an die Besitzhauptmannschaften in Betreff des deutschen Schulvereins habe, — daß es bei der eminent wichtigen Stellung des deutschen Schulvereins die Pflicht der Regierung war, zu eruiem, ob die veröffentlichen diesbezüglichen Zeitungsberichte wahr seien; die Regierung verlangte daher, da Schulvereine einen gewissen Einfluß auf die Bevölkerung und das Schulwesen haben, von den Statthaltern eine Berichterstattung über die Thätigkeit aller Schulvereine, nicht bloß des deutschen Schulvereins. Der Ministerpräsident wandte sich noch gegen die Aeußerung, daß die Regierung den Schulverein für einen politischen Verein zu erklären beabsichtige; die Regierung habe nur eine Umfrage gehalten, um sich ein Urtheil zu bilden.

\* Der Papst hat laut einem Privattelegramm der „Germania“ aus Rom die Ernennung des apostolischen Delegaten in Peking von Vorlieber aller katholischen Missionen Chinas unter Beibehaltung des französischen Protectorats beschloßen. Der Papst acceptirt die Erziehung einer chinesischen Gesandtschaft beim Vatikan.

\* Die Londoner Sozialistenkavalle haben in den Regierungsfreien lebhaftest Besetzung und penliche Empfehlungen hervorgehen. That man sich doch bisher in England etwas Besonderes darauf zu Gute, daß dort der öffentlichen Ordnung von der Menge der in England Zuflucht suchenden Sozialisten und Anarchisten keine ernste Gefahr drohe. Die Pertrörungen, welche Dynamitgehenden im Lokalverwaltungsamt, im Westminsterpalast, im Tower und anderen öffentlichen Gebäuden verübt hatten, sind rasch in Vergessenheit gekommen. Man hat die Ueberheblichkeit nicht ausfindig gemacht und in Folge dessen auch nicht weiter daran gedacht. Nimmehr sind die Sicherheitsbehörden in sehr empfindlicher Weise daran erinnert worden, welche eine gefährliche Gesellschaft London in seinen Mauern birgt. Der „K. Z.“ wird zu diesen Vorgängen noch Folgendes telegraphirt: „Die Ausbreitungen des Pöbels wären in keinem anderen Lande der Welt möglich gewesen, wenn nicht die Polizei mit dem Pöbel eine Verabredung getroffen hätte; denn die Polizei glänzte durch vollständige Abwesenheit, so daß das Weisend stundenlang in der Gewalt des Pöbels blieb. Wenn die Polizei ihre Pflicht thut, wären solche Ausbreitungen kaum möglich. Die Kundgebung der Stellenlosen verlief ordentlich; dagegen lagerten gegenüber der Nationalgalerie Haufen von Sozialdemokraten unter Anführung von Hyndman und Burns. Hyndman ist das Haupt des Sozialistenbundes, ein Wanderprediger und Verfasser sozialistischer Schriften. Im vorigen Jahre wurde er, nachdem er am Themsestaden die Stellenlosen zum Kampfe im Leben gegen Leben aufgefordert, aus dem University Klub ausgeschlossen; daher seine getrige Privattraue. Zur Aufreißung des Pöbels sagte er: „Weshalb sollen wir gemäßig sein, wenn wir verhungern? Wenn von Tausenden hier nur Wenige den Muth besäßen, wäre die bestehende Ordnung unmöglich. Ich und meine Freunde werden Euch führen, wenn Ihr folgt; denn 500 entschlossene Männer können einen Umsturz bewirken und die Bourgeoisie in die Enge treiben.“

Der „Voss. Ztg.“ telegraphirt man noch Folgendes: „Die meisten Läden in dem fashionablesten Geschäftsviertel blieben während des Tages ganz oder theilweise geschlossen. Die Gardetruppen waren in den Parkieren konfignirt, um nöthigenfalls einzuschreiten. Die Anarchistenführer Burns, Champion, Hyndman und Williams wünschten gestern eine Unterredung mit Chamberlain, um Abhilfe des Nothstandes der Arbeitslosen zu verlangen; Chamberlain weigerte sich jedoch, sie zu empfangen und erklärte, er erkenne sie nicht als Vertreter der Arbeitslosen an.“

\* Dem „Daily Telegraph“ zufolge beabsichtigt die Regierung, die Sozialisten, welche am Montag auf Trafalgar Square und im Hyde Park auftrüppliche Reden hielten, in Unflugsland versetzen zu lassen. — Die „Times“ erzählt, dem griechischen Ministerpräsidenten Delmas sei vom Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Rosebery, mitgeteilt worden, das neue englische Kabinett werde die von Lord Salisbury in der Behandlung der Balkan-Angelegenheit befolgte Politik fortsetzen, die dem Befehlshaber der englischen Flotte von Lord Salisbury erteilten Instruktionen würden unverändert aufrecht erhalten und unbedingt ausgeführt werden, falls die Gelegenheit dazu entstehen sollte.

### Deutscher Reichstag.

43. Plenar Sitzung vom 10. Februar 1886.  
Die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt und zwar mit der letzten abgebrochenen Debatte über die Währungsfrage.

Abg. v. Schollmeyer ist den verbündeten Regierungen dankbar dafür, daß sie die Währungsfrage fortgesetzt im Auge behalten und prüfen: er wünscht nur, bald von einem praktischen Ergebnis dieser Willigen etwas zu merken. Neben tritt eingehend der vom Minister v. Schollmeyer geäußerten Vorlesung entgegen und führt die wirtschaftliche Lage auf unter Nationalbankensystem zurück. Er möchte den verbündeten Regierungen gegenüber seinen Vorwurf daraus, daß sie seiner Zeit die Goldwährung acceptierten, aber wenn Minister von Schollmeyer es heute anders ansehe, so sei das doch zu viel verlangt. Durch die Goldwährung werde unter Nationalbankensystem auf das Schwere Geld gedrückt. Seit ihrer Einführung habe sich das Proletariat um 15 Pct. vermehrt, während die Millionäre sich vermindert. Welche Zustände herrschen, geht daraus hervor, daß es in Berlin zwei Bankhäuser gebe, die in der Schweiz Thaler ausprägen lassen, dieselben dann bei der Reichsbank gegen Gold umwechseln und so ein gutes Geschäft machen. Sei das nicht Falschmünzerei?  
Bundeskommissar Geh. Ober-Finanzrat Schrag fordere den Vordrucker der Regierung zum Beweis für seine leihende Angabe das erforderliche Material zur Verfügung zu stellen. Er sei dazu verpflichtet, da es sich, falls die Angaben des Vordruckers sich bewahrheiten, um eine erhebliche Schädigung des Staates handeln würde.

Abg. Vohren: Er habe das Wort genommen, um zu konstatieren, daß es nicht der Abg. Hammerger allein sei, der im Sinne die Goldwährung vertritt! Welchen Sinn soll es haben, unsere Mängel in den Silberländern todtdalenden mädigen Silbermünzen zu öffnen? Bald würde dann das letzte Goldstück aus dem Lande verschwinden sein. Das Sinken des Weizenpreises habe mit dem Sinken des Silberpreises nicht das Mindeste zu thun. Produkte, die nur lediglich aus Goldwährungsänderungen bestehen, seien erheblich mehr im Preise gefallen als Weizen. Die unblühende Konkurrenz solle nicht entscheidend ins Gewicht fallen, sie habe nicht verhindern können, daß der Weizenimport aus Goldwährungsänderungen nach England von Jahr zu Jahr steige. Die bimetalistische Bewegung sei eine Gefahr; er bedauere sie von ganzem Herzen.

Abg. v. Kardorff bemerkt, die Rede des Finanzministers v. Schollmeyer die bimetalistische Bewegung sei lediglich eine Plünderung aus dem Ausland. Er legt dies unter großer Heftigkeit durch Vergleichung angesehener Stellen der Schollmeyer'schen Rede mit denen Hammerger's dar. Nachdem er sich ausführlich über die Schädigungen der Goldwährung geäußert, wendet er die Hoffnung aus, daß sich der Reichstanzler an die Spitze der Bewegung stellen und dieselbe zum Siege führen werde, da er allein hierzu im Stande sei.

Abg. Auer beklagt die bimetalistische Bewegung, deren Ziel eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse und somit eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter sei.

Abg. Dr. Hammerger: Herr v. Kardorff habe den Finanzminister zuerst an den Fanger gestellt, als ob er ein Plünderer begangen habe. Sei es denn so wunderbar, daß zwei Leute, die über eine Sache vernünftig denken, dieselben Argumente vorbringen? Der Reichstanzler würde wohl im Stande sein, für einen Antrag auf Fortsetzung des bestehenden guten Münzsystems hier eine Mehrheit zu finden, aber eine dauernde bimetalistische Konvention zu schaffen, würde er nicht im Stande sein. Und deshalb würde er auch wohl schwerlich an die Wünsche des Herrn von Kardorff eingehen. Neben beklagt er das Gold- oder überhaupt Geldmangel vorhanden sei.  
Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen 11 Uhr vertagt.

### Berliner Plaudereien.

Wie der eben zur Würde einer Dame gelangte Vadisch vor dem Spiegel alle möglichen Stellungen im „langen Kleide“ probirt, wie der eben zu Reichthum und in Folge dessen zu Glanz gekommene Herr von Schulze von seinen Schätzen und Auszeichnungen zu sprechen liebt, so kam die jüngste Millionerin unter den Städten, die wider Erwarten zu ihrer ersten Million gekommen und rapide, in Europa vielleicht noch nicht dagewesene Schritte auf die zweite Million hin macht, so kam Berlin nicht genug mit seiner Million und den natürlichen oder noch ungehörten Folgen dieser Zahlenparaden. Das eben bekannt gewordene Ergebnis der letzten Volkszählung geht noch einen Extra-Ausflug zu diesem harmlosen Treiben, das indessen nicht ganz uninteressante Data liefert. Also über eine Million dreihunderttausend Einwohner — eine deutsche Mittelstadt darüber — hat Berlin, das heißt Berlin, das vor zweihundert Jahren noch zehntausend Einwohner zählte, vor hundert Jahren eine Einwohnerzahl hatte, wie sie heute viele Provinzialstädte haben, ja von der einen ganzen Reihe deutscher Reichs- und Provinzialstädte übertroffen wird, und vor fünfzig, ja vor vierzig Jahren noch nicht so viele Einwohner hatte als es heute über eine Million zählt. Im Jahre 1860 noch hatte die Bevölkerung Berlins nicht eine halbe Million erreicht, so daß sie in 25 Jahren sich verdreifacht hat. Die Einwohnerzahl Berlins wird heute in Deutschland nur von der von sechs Bundesstaaten übertroffen. Nur die von Königreich Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, das Großherzogthum Baden und das Reichsland Elsaß-Lothringen haben mehr Einwohner

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 10. Febr. 1886.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist: Antrag der Abg. v. Schollmeyer und Vohren, sowie der Antrag der Abg. v. Dziembowski und Oden, auf Ueberweisung des § 27 der Verfassungsurkunde an die Verfassungscommission. Der § 27 bestimmt, daß Anträge, welche eine Geldforderung in sich enthalten oder herabsetzungen betreffen, durch eine Kommission vorberathen sein müssen, bevor im Plenum über sie abgehandelt werden kann. Bekanntlich bestimmte die Tatsache, daß über den Antrag Achenbach in der Plenardebate ohne vorherige formale Vorberathung abgehandelt wurde, das Centrum, die Polen und die Freiwiligen, durch Verlassen des Saales gegen die Abstimmung zu protestiren. Der Antrag des Abg. v. Schollmeyer bezieht nur eine Deklaration bzw. bestimmtere Formulirung des § 27, während der Antrag v. Dziembowski und Genossen auf eine Aufhebung des § 27 hinzielt.

Abg. v. Schollmeyer-Voll begründet eingehend seine Auffassung, wonach § 27 auf den Antrag Achenbach unbedingt hätte Anwendung finden müssen und wonach aus der in mehreren Fällen erfolgten Nichtanwendung des Paragraphen nicht das Recht der Mehrheit gefolgert werden könne, gegen den Widerspruch der Minorität durch die Mehrheit eine Geldforderung einzubringen. Der Antrag von Dziembowski streift nur die Kommission die Meinung der Mehrheit des Hauses und schließt somit eine freie Prüfung der Kommission aus. Wenn man die Minorität vernachlässigen wolle, wozu dann erst die Kommissionberathung? Es sei dann einfacher, durch einen sofortigen Majoritätsbeschluß den § 27 zu beibehalten.

Abg. Dr. Gneist wendet sich unter Darlegung der Entstehungsgeschichte des § 27 gegen die Auffassung des Vordruckers. Die Forderung, welche die Minorität gestellt habe, stehe in direktem Widerspruch mit der Verfassung und dem Zweck des § 27. Die Mehrheit des Hauses sei jederzeit in der Lage, ihre Verfassungsurkunde zu bestimmen. Aber da behauptet § 27 sei zum Schutze der Minorität da, somit denselben überhaupt nicht. Wohl aber sollte dieser Paragraph zu einer Verengung der Mehrheit der Mehrheit durch die Minorität benutzt werden. Kein Parlament der Welt würde solche positive Anträge, abstrakte Anträge wie der Antrag Achenbach, solchen strengen Einschränkungen der Verfassungsurkunde unterwerfen.

Abg. Dr. Hänel: Die Ausföhrung des Vordruckers laufe auf die Verengung der Minorität hinaus. Die Verengung der Minorität durch die Mehrheit sei in dem Antrag Achenbach klar ausgedrückt. Der Antrag habe also keineswegs nur einen abstrakten Charakter. Er war bestimmt, eine unbefristete Forderung zu produziren, die dem Hause gefolgt sei. Auch der Vordrucker werde die Forderung von 100 Millionen in der vorangehenden Form schwerlich selbst als verfassungsmäßig anerkennen können.

Abg. v. Jellibich: Der Antrag v. Dziembowski bringe klar und bestimmt die Rechtsaufhebung der Mehrheit des Hauses zum Ausdruck, während der Antrag v. Schollmeyer der Verfassungscommission zum Richter über die Majorität mache wollen.

Abg. Dr. Windthorst: Die Majorität habe sehr voreilig gehandelt durch die Nichtanwendung des § 27. Die Folge sei, daß 100 Millionen bemittelt worden, ehe man sie in der That habe. Wenn Herr v. Jellibich meinte, daß das Centrum eine Schlaube erlitten ist, so ist das nicht der Fall. Der Antrag hatte doch seine Partei noch keinen größeren Sieg erlangt.

Abg. Franke: Der Antrag Achenbach sei nur eine Antwort auf die Thronrede, er enthalte keine indirekte Geldbewilligung. Abg. Achenbach fordere im Einklang mit der Verfassung, den geltend gemachten Forderungen entgegenzutreten.

Abg. v. Rauchhaupt: Es sei durchaus nicht die Absicht der Majorität gewesen, Szenen, wie sie aufgeführt seien, hervorzubringen. Neben führt Fälle an, die das Verhalten der Minorität in jeder Weise rechtfertigen. Sie habe der Minorität die Hand gegeben, solange sie hier ab, so verhalte sie es selbst.

Der Antrag v. Dziembowski und Gen. wird von der Majorität angenommen. Derselbe lautet:  
in Erwägung, daß der Verord. gemacht ist, den § 27 der Verfassungsurkunde im Widerspruch mit dem Zweck, seiner Entstehungsgeschichte, seiner bisherigen Anwendung, sowie der Natur der Sache auf solche Modifikationen zu beziehen, deren allgemeiner Inhalt eine finanzielle Vorschlüpfung nicht schließt.

in Erwägung, daß es sich hiernach empfiehlt, eine detaillirte unbedingte Beratung auf Besonderen Paragrafen für die Zukunft vorzubehalten, die Verfassungscommission zu beauftragen, eine den vorliegenden Erwägungen entsprechende Fassung des § 27 der Verfassungsurkunde in Vorschlag zu bringen.  
Ueber die Zeit der Schlußnahme wird die Sitzung auf Frankfurt a. M. am 10. Febr. eines Beschlusses wegen Einberufung der Stadt Frankfurt a. M. in der Beschlusse wurde zur Tagesordnung übergegangen. Morgen 11 Uhr: Zutritt.

### Telegraphische Nachrichten.

Siegen, 10. Februar. In dem Prozesse gegen den Redakteur des „Siegener Volksblatt“, Bommert, wegen Verleumdung des Fürstbischöflichen Stuhls hat das Gericht auf Freisprechung des Angeklagten erkannt.  
Darmstadt, 10. Februar. Der Großherzog und die Prinzessin Irene werden am 20. d. M. einer Einladung des Großfürsten Sergius und seiner Gemahlin zu einem Besuche in Petersburg Folge leisten. Die Behauptung auswärtiger Mäpfer von der bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Irene mit einem russischen Großfürsten wird in Hofkreisen als unbegründet bezeichnet.

Paris, 10. Febr. „National“ und „Univers“ behaupten, daß die Regierung in der Angelegenheit betreffend die Ausweisung der Prinzen, wenn es nöthig werden sollte, die Kabinetsfrage stellen werde. — Der Marineminister hat den Bau von 21 Torpedobooten erster Klasse angeordnet. — In St. Quentin haben fast sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Paris, 10. Febr. Der „Agence Havas“ zufolge stimmt die französische Regierung der Verschleifung einer Personal-Union zwischen Rumelien und Bulgarien zu unter der Voraussetzung, daß alle anderen Verträge ebenfalls zustimmen. Andernfalls würde sich Frankreich seine Aktionsfreiheit wieder vorbehalten.

Paris, 10. Februar. Das „Memorial de Loire“ erzählt, die Regierung habe definitiv beschloffen, die Grasgewehr in Repetiergewehr umzuwandeln zu lassen. Die Waffenfabrik in St. Etienne habe Befehl erhalten, sich für die Vorahme der Umwandlung einzurichten. Der Preis für die Umwandlung stelle sich auf 25 Francs per Gewehr.

Kopenhagen, 10. Februar. Das vom Könige erlassene provisorische Finanzgesetz ermächtigt die Regierung, für den noch übrigen Theil des gegenwärtigen Finanzjahres die bestehenden Steuern und Abgaben weiter zu erheben und alle notwendigen Ausgaben aus der Staatskasse zu bestreiten.

Kopenhagen, 10. Februar. Durch einen königlichen Erlass wird das Ministerium ermächtigt, zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit die von der Regierung beantragten Arbeiten, soweit möglich, von dänischen Arbeitern ins Werk setzen zu lassen.

London, 10. Februar. Auf heute Abend schloffen die Anleiher und Goldschmiede in einigen Stadttheilen ihre Läden mit Anbruch der Dunkelheit, da man ein Eindringen von Volksmassen aus den südwestlichen Vorstädten, sowie aus dem Stadttheil Southwark in die City befürchtete.

London, 10. Februar. Von Greenwich und Deptford haben sich starke Volksmassen auf London zu in Bewegung gesetzt, welche auf dem Wege vielfache Beschädigungen an Eigenthum anrichteten. In den südöstlichen Vorstädten herrschte starke Erregung.

London, 10. Februar. Lord Rosebery empfing heute Nachmittag im Auswärtigen Amte die Mitglieder des diplomatischen Korps.

### Tages-Chronik.

\* Der Kaiser nahm im Laufe des gestrigen Vormittags die regelmäßig Porträte entgegen und empfing demnachst den Grafen Hofstein-Reverstorff, Mitglied des Reichstages, welcher die Erben des kürzlich verstorbenen Grafen v. Reventlow in die Hände des Kaisers zurücklegte; Mittags arbeitete der Kaiser noch längere Zeit mit dem Wirfl. Geh. Rath v. Wilmsdorf. Um 5 Uhr fand bei den Majestäten ein größeres Diner von circa 36 Personen statt. — Der Kronprinz hat sich gestern Nachmittag 12 Uhr 40 Minuten mittelst Extrazuges nach Dessau begeben, um dort der Beisetzung der Leiche des Erzprinzen von Anhalt beizuwohnen. Die Ankunft in Dessau erfolgte um 2 Uhr 55 Minuten. Nach Beendigung der Beisetzungfeier gedankt der Kronprinz am Abend

begn. die Stadtbahn im letzten Jahre in Berlin benutzt hat, 10 Minuten erparat hat, diese beiden Kommunikationsmittel den Berlinern einen Zeitgewinn von 6666 Jahren eingebracht haben. Der Feiler, der Zeit und Laune dazu hat, kann sich diesen Zeit- in Geldgewinn umrechnen.

Die Pferde- und Stadtbahn bringt aber den Berlinern nicht nur Zeit, d. h. Geld ein, part ihnen nicht nur Siesel, Pfeilköder, Ermüdung u. i. w., sondern heben einige Unterschiede zwischen Stadt und Land auf. Nicht nur, daß man leicht und billig vermöge dieser Verkehrsmittel an die Stadtgrenzen und in die Vororte gelangen und so frische Luft genießen kann, die Zugend der Nachbarnorte kann bequem die Schulen und sonstige Bildungsanstalten und Vergnügungen der Großstadt benutzen bekommen. Dem Großstädter, dem sonst Alles, was das Landleben betraf, unbekannt war, wird bald nicht mehr dem Wetter vom Lande die Freude bereiten, einen Pflaumen- nicht von einem Apfelbaum und ein Weizen- nicht von einem Weizenkorn unterscheiden zu können. Auch nicht so ungelent außerhalb der Stadt wie in früheren Zeiten wird der Berliner und überhaupt der moderne Großstädter sein. Eine Generation, die von früherer Jugend auf lernen muß, so auf Pferdeabzügen hinauf- und von ihnen herabzupringen, in dem Wagengetümmel sich zurechtzufinden, im Bahnhofsabzweig in der kurzen Zeit einer Minute den rechten Zug, die richtige Wagenflanze herauszufinden, unerschrocken und flink Platz zu nehmen, um rechtzeitig zum Vortrag über meine mensche oder über die Mythen der Abditon zu erscheinen, eine solche Generation kann sich auch vor den hochmüthigsten Landburden sehen lassen.



# Interims-Stadt-Theater.

(Vor dem Steinthor 7 und 8).

Direktion: F. Gluth.

Freitag, den 12. Februar.

Ausser Abonnement.

## Drittes Künstler-Ensemble-Gastspiel.

Fraülein Marie Meyer, Königl. bayer. Hofschauspielerin, Fraülein Hedwig Hahn vom Leipziger Stadttheater, Fraülein Henriette Masson, Königl. Hofschauspielerin, Herr Direktor Emil Hahn, Ehrenmitglied des Herzogl. Meiningener Hoftheaters, Herr Carl Schönfeld vom Landestheater in Prag u. A. mehr.

# Der Fabrikant.

Schauspiel in 3 Aufzügen nach dem Französischen des Emil Souweire. Deutsch bearbeitet von Ed. Devrient.

### Personen:

Havelin, Fabrikant	—	Herr Dir. Hahn.
Engenie, seine Tochter	—	Frl. Meyer.
Canal, Kaufmann, ihr Onkel	—	Herr Dahlen.
Lambert, Maler	—	Herr Schönfeld.
Baudoin, Buchhalter	—	Herr Richard.
Franz, } in Havelin's Diensten	—	Herr Kollmar.
Louise, }	—	Frl. Hartmann.

Die Handlung spielt auf Havelin's Besitzungen.

Hierauf:

# Der zündende Funke.

Aufspiel in 1 Akt von Pailleron.

### Personen:

Rasul von Geran	—	Herr Schönfeld.
Leontie von Menat	—	Frl. Hahn.
Antoinette	—	Frl. Waffon.

### Preise der Plätze:

Voge 3 Mk. Sperrsit 2.50. Nummeriertes Parterre 1.50 Mk.

Nummeriertes Parterre 1 Mk. Gallerie 50 Pf.

Der Tages-Billet-Verkauf befindet sich gr. Schlamm 4 (Händels Geburtshaus) und ist nur an Spieldagen Vormitt. von 10—12 u. Nachmitt. von 3—5 Uhr geöffnet.

Kasseneröffnung 7 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende 10 1/4 Uhr.

### Sonnabend: Letztes Ensemble-Gastspiel.

Odette, Pariser Sittenbild in 4 Akten von Viktorien Sardou.

In Berlin 100 Mal aufgeführt.

## Rußhalsen-Extrakt

aus der Königl. bayer. Hofparfümerie-Fabrik von C. D. Wunderlich, prämiirt 1882, empfiehlt sich als ganz unschädlich, um grauen, rothen und blonden Haaren ein dunkles Aussehen zu geben. Dr. Driflas Rußöl, zugleich feines Haaröl, macht das Haar dunkel und wirkt haarfördernd. Beide à 70 Pf. bei C. Kaiser, Schmeersstraße 34 und H. A. Scheidelwitz, Geißestraße 70 und gr. Klausstraße 15.

## Stuhlflechtröhr,

(Handarbeit)

um damit zu räubern z. Einkaufspreise:

No. 1 pro 1/2 Kilo 2.20 Mk.

2 2.00

3 1.80

4 1.60

A. Trautwein, gr. Ulrichstr. 30.

## Lederappretur,

H. Lack für Damenstühle, Goldkaiserlack, Lederfett, Kidleder-Cream empfiehlt

M. Waltsgott.

## Frischen Seedorf

empfang

## Wilh. Schubert,

gr. Stein- u. gr. Ulrichstr.-Ecke.

Der seit langen Jahren bekannte,

hiets als vorzüglich bewährte

**Dauwitz-Magenbitter**

solle in keinem Haushalt fehlen!

Echt zu haben bei Wilh. Schubert, Gbr. Mulert, 3. Bethge.

Eine Grandrossel zu verk. od. geg. Karanienhühne z. vertausch. Wernburgerstr. 20, p.

Getragene Kleidungsstücke, getragene Winterüberzieher, Pelze, Handschuhe, gebrauchte Stiefeln u. s. w. kaum fort während und adelt hiets die höchsten Preise

C. Buchholz, Markt Nr. 26, im rothen Thurm, 1 Tr.

## Kampf gegen die Wein-Fabrikation!

# Naturwein

(No. 56)

Ist nicht ein nach Willkür stets gleichmäßig zusammengestelltes Fabrikat, sondern Produkt der selbst schaffenden Natur, deshalb nicht immer gleich in Farbe od. Geschmack.

stets aber gesunder u. besser in seinem primitiven und natürl. Zustand, als verbesserter, gegypster, entgypster, mundrecht oder wer weiss womit mit kristallisch gemachter Wein.



Erstes und Hauptgeschäft: Berlin C., 25. Wallstrasse 25.

Demit sich ein Jeder die seinem Geschmack u. seiner Constitution passende Sorte meiner ungesypsten Naturweine wählen kann, versende ich ab jedem beliebigen meiner Centralgeschäfte:

**Preis-Courants** enthaltend Mittheilungen über die verschied. Weinfüschungs-Manipulationen, versende auf Verlangen gratis und franco.

22 Central-Geschäfte

(siehe Wainstuben mit renommirter, guter, billiger Küche), 9 in Berlin, 2 in Breslau, Cassel, Danzig, Dresden, Leipzig, Halle a. S., Posen, Königsberg i. Pr., Potsdam, Hannover, Rostock, Stettin und über 600 Filialen in Deutschland.

Neue Filialen werden stets gerne vergeben.

## 15000 Mark

zum 1. April zur 1. sicheren Hypothek zu leihen gesucht. Unterhändler verboten. Offerten u. J. L. 1295 an J. Barch & Co. erbeten.

Ein noch gut erhalt. kupferner Kessel sofort billig zu verkaufen. Frau Hecker, Friedrichstr. 44, III. Köchinnen, Stuben- u. a. Mädch. für hier u. anderswärts bei hoh. Lohn gesucht durch E. Lerche, Domgasse 1.

Für den redaktionellen und Inseratentheil verantwortlich: Julius Mandel in Halle. — Bildliche Buchdruckerei (R. Rietzmann) in Halle.

## Versammlung

Sonntag den 14. Februar e. Nachm. 3 1/2 Uhr im neuen Saale des Restaurant „Prinz Carl“ in nächster Nähe des Bahnhofes.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten für Halle-Saalkreise

# Herrn Dr. Alexander Meyer

über

## „Die Währungsfrage u. die deutsche Goldwährung.“

Zu dieser Versammlung werden Karten ausgegeben, ohne welche der Eintritt nicht gestattet ist. Diese Eintrittskarten werden ausgehändigt von:

Herrn Paul Schwarz, Lithograph, kl. Ulrichstr. 6,  
G. Senff, Rentier, gr. Ulrichstr. 6,  
Gebhardt, Photograph, Poststrasse 9,  
W. G. Beyer, Kaufmann, Leipzigerstrasse 84,  
Carl Ost, Kaufmann, Leipzigerstrasse 55,  
A. Heiser, Maurermeister, Magdeburgerstr. 36,  
E. Hildebrandt, Maurerstr., Wachenerstr. 7,  
Alb. Billing, Kaufmann, Wettinerstr. 21,  
Professor Dr. Kohlschütter, Karlstrasse 34,  
Herrn Weber, Bäckermeister, Sophienstrasse 2,  
G. Keil, Rentier, Jägerplatz 8,  
Rich. Oemisch, Kaufmann, gr. Klausstrasse 24,  
Th. Cammerath, Lohgerbermeister, Liliengasse 10,  
Wilh. Nebert, Stärkefabrikant, Steinweg 21/22,  
Hugo Schulze, Stadtverordneter, Böllbergerweg 18,  
C. A. Schmidt, Stärkefabrikant, Langgasse 10,  
Louis Sachs, Kaufmann, gr. Ulrichstrasse 24,  
Wilh. Zimmermann, Kaufmann, Marienstrasse 10,  
und ferner in Giebichenstein bei

Herrn Professor Dr. Wangerin und

Rittergutsbesitzer Botho Wartz.

Alle Herren von nah und fern, welche sich für diese Währungsfrage interessieren, namentlich die Herren Landwirthe und Kaufleute, werden zu dieser Versammlung hierdurch eingeladen und gebeten, die Eintrittskarte bei einem der vorgenannten, ihnen persönlich bekannten Herren in Empfang zu nehmen.

Halle a/S., den 9. Februar 1886.

Der Vorstand des Vereins der Liberalen in Halle und im Saalkreise.

## Ein wahrer Schatz

für die unglücklichen Opfer der Selbstbefleckung [Onanie] und gescheim Ausweichungen ist das berühmte Werk:

## Dr. Retan's Selbstbewahrung

80. Aufl. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mk. Jede Seele, die an den schrecklichen Folgen dieses Lasters leidet, seine anrichtigen Bekehrungen retten jährlich Tausende vom sicheren Tode. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 34, sowie durch jede Buchhandlung.

## Grude-Coak

in ganz vorzüglicher Qualität.

## Sachsse & Co.,

Halle a/S., Magdeburgerstr. 51.

Zur Errichtung einer zweiten Küche werden dazu geeignete Räume, zwischen Geist- u. Kirchthor gelegen, sobald als möglich benutzbar, von uns gesucht. Anerbieten mit Angabe des Wietzpreises sind beim Unterzeichneten einzureichen.

Die Verwaltung der Volksküche.

L. A. Louis Sachs.

Die Expedition des Tageblattes befindet sich in Halle, gr. Ulrichstraße 19 (Bildliche Buchdruckerei).

Hierzu Beilage.